Tageblatt für Politik.
Unterhaltung. Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.

Gebührenpreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. – Annahme v. Ankündigungen Pfarrenstr. 38 v. 8–3. Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Hr. Fiedler, s. nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die legalisirte Grundzeile (angefähr 8 Silben) 25 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 30 Pfg. (unserm Strich eingerückte) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die rechtzeitige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
45 Wilsdruffer Strasse 45
(neben der Dresdner Bank und vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1890.

Erste und grösste
Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi,
Galeriestr. 2,
parterre und erste Etage.
Dominos in vorzüglicher Auswahl f. Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon 389.

Wilh. Böhme, Scheffelstr. 6,
hält sein grösstes Lager der besten
Uniform-, Livrée-, Wagen- u. Billard-Tuche
in nur echten Farben angelegentlichst empfohlen.

Reichste Auswahl von
Corsets
bester Qualität in allen Preisen, Façons, Weiten, Farben, Stoffen etc.
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 12.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Herren-Glacé-Handschuhe, Marke Hundeleder, besonders dauerhaft, mit einem Verschluß, schöne Modefarben, zu 2½ Mk.
Jos. Fiechtl aus Tirol,
Schloss-Strasse 24.

Nr. 43. Spiegel: Arbeiterschutz des Kaisers. Forderungen der Sozialdemokratie. Philipp von Orleans. Hofnachrichten. Landtagsverhandlungen. Kolonialgesellschaft. Bureau-Unterbeamte. Gerichtsverhandlungen. Concert des Lehrergesangvereins. Kunstvereinsausstellung.
Mittwoch, 12. Februar.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Der Arbeiterschutz, den der Kaiser verwirklicht haben will, steht, wie das eigentlich nicht besonders hervorgehoben zu werden brauchte, vollständig auf dem Boden der jetzigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Er umfaßt eine ganze Reihe von Einzelfragen. Der Staat hat — ganz abgesehen von der Rücksicht auf Humanität überhaupt — ein hohes Interesse daran, daß vom weiblichen Geschlechte infolge seiner körperlichen Beschaffenheit nicht Anstrengungen im industriellen Betriebe gefordert werden, welche die körperliche Beschaffenheit der Nachkommenschaft nachtheilig beeinflussen. Ein gleich starkes Interesse des Staats und der Gesittung verlangt, daß die Kinderwelt, das heranwachsende Geschlecht, vor körperlicher, geistiger und sittlicher Verkümmerung bewahrt werde, wie sie die Folge zu früher Fabrikarbeit ist. Bei der Sonntagsruhe, der thunlichsten Vermeidung industrieller Nachtarbeit und bei der Beschränkung der Arbeitszeit handelt es sich darum, den arbeitenden Klassen einen wohlabgerundeten Zeitraum zur nothwendigen Erholung gesetzlich zu sichern. Alle von unserem Kaiser in diesen Stücken geforderten Fortschritte werden die arbeitenden Volksschichten wirthschaftlich, sittlich und sozial heben. Davon kann die Industrie und können die Arbeitgeber selbst nur Vortheile haben. Bei größerem Wohlstande werden die großen breiten Volksmassen die besten Abnehmer der heimischen Industrie selbst; ihre Kaufkraft erhöht sich und sie wenden sie dann zum stärkeren Verbrauche der Lebens- und Genußmittel, von Kleidung, von Hausgeräth und sonstigem Bedarf aller Art an. Tritt zu diesem Arbeiterschutz noch die Einrichtung von Arbeiter-Ausschüssen hinzu, so wird die Industrie den Segen der vom Kaiser geforderten friedlichen Reformen doppelt und dreifach empfinden. Eine Arbeiterschaft, die eine gesetzliche Vertretung durch Aeltestenrath erhält und dadurch auf den Boden der Gleichberechtigung mit dem Kapital hinaufgehoben wird, gewinnt ein ganz anderes Interesse an dem Gedeihen des Fabrikunternehmens, an dem sie Arbeit und Brot findet, als wenn sie an demselben lediglich durch die Zahlung des Wochenlohnes interessirt ist. Eine derartige Hebung des Arbeiters, wie sie unser volksfreundlicher Kaiser beabsichtigt, ist also gleichbedeutend mit der Hebung der Industrie und des Gewerbes selbst. Durch Wahrnehmungen, wie sie nicht ausbleiben werden, daß sich die Sozialdemokratie dieser Errungenschaften bemächtigt, um die Arbeiter zu endloser Steigerung von Ansprüchen anzutreiben, lasse man sich nicht enttäuschen. Nach kurzem Schwanken, wenn es hie und da sich bemerklich machen sollte, wird sich der überwiegende Theil der Arbeiter für friedliche Hebung von Mißständen entscheiden und sich aus dem Gedankenkreise der Sozialdemokratie befreien.

Nur ernstliche, den Bedürfnissen wirklich entsprechende Maßregeln können die gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie entwaffnen und ihren Einfluß auf die Arbeiterbevölkerung brechen. Die kaiserlichen Erlasse aber fassen lediglich das in Frieden und unter Wahrung der Ordnung Erreichbare in's Auge, im Großen und Ganzen Das, was bereits der vom letzten Reichstag angenommene Arbeiterschutz-Gesetzentwurf verlangte. Was die Sozialdemokratie begehrt, steht auf einem ganz anderen Blatte. Diese will den Staat zum alleinigen Eigenthümer allen Besitzes machen, bestehe der letztere nun in Grund und Boden, Häusern, Maschinen, Werkzeugen, Vorräthen, Kapitalien und was sonst noch. Dazu ist die Enteignung allen Privatbesitzes vorher nöthig. Jeder selbstständige Gewerbebetrieb hat aufzuhören. Jedermann ohne Unterschied wird Angestellter des Staats und da der sozialistische Zukunftsstaat der alleinige Brotgeber wird, geräth dann auch Jedermann in sklavische Abhängigkeit von der Staatsleitung; es ist unmöglich, irgend einen anderen Privatdienst zu finden. Keine freien Existenzen mehr. Alles abhängige Angestellte! Persönliche und wirthschaftliche Freiheit hört auf; es giebt keinen Kaufmannsstand, keinen Handwerker mehr, der auf eigene Rechnung arbeitet. Der Zukunftsstaat schreibt auch einem Jeden vor, was und wieviel er genießen soll und wo und wann er es zu genießen hat. Es ist die erzwungene und nur durch eine unerträgliche Tyrannei aufrecht zu erhaltende Gleichheit, die aller menschlichen Natur zuwiderläuft und daher unmöglich ist. Gleichwohl erstreben die überzeugten Anhänger der Sozialdemokratie diesen Zwangsstaat. Es sind dies die sog. „Zielbewußten". Sie von der Undurchführbarkeit ihres „Ideals" überzeugen zu wollen, wäre verlorene Mühe. Das warnende Wort kann sich nur an Diejenigen richten, welche die letzten Ziele der Sozialdemokratie nicht kennen, gleichwohl aber aus verschiedenen Gründen mit dieser Partei gehen. Wer Ursache hat, mit seinem Schicksal zu grollen, wer mit Dem oder Jenem unzufrieden ist, der ist geneigt, den Stimmen Gehör zu schenken, die ihm einreden, nur eine gründliche Umwälzung alles Bestehenden könne ihm helfen. Mit ihnen gehen dann alle Haltlosen, die da glauben, es werde gar nicht so schlimm werden, der Staat habe schon noch Machtmittel genug, sich des Ansturmes auf seine Einrichtungen zu erwehren. Ja, ganz gewiß hat der Staat diese Gewalt; es ist aber nicht nöthig, sie zu erschöpfen. Spiele man nicht mit dem Feuer, unterstütze man nicht durch Unbedacht und Leichtsinn eine Bewegung, die nimmer zum Heile ausschlagen kann. Der Kaiser darf erwarten, daß jeder einzelne gute Bürger ihn in dem volksfreundlichen Streben unterstützt, durch wohlgemeinte soziale Reformen die Unzufriedenheit, wenn nicht aus der Welt zu schaffen — denn Das wird auch im Sozialistenund Anarchistenstaat nicht möglich sein —, so doch sie ihres gemeingefährlichen Charakters zu entkleiden!

Die Abstimmung in der Deputirtenkammer hat die Stärke der Monarchisten in Frankreich festgestellt: sie stehen in einer Stärke von 171 den 378 Republikanern gegenüber. Die Kammer weigerte sich mit ⅔ Mehrheit das Gesetz aufzuheben, das die Verbannung der früheren Herrschergeschlechter aufhebt. Gleichwohl hat das Erscheinen des Herzogs Philipp von Orleans auf französischem Boden doch auf seine Landsleute einen tieferen Eindruck gemacht, als die Republikaner zugeben. Den Franzosen gefällt die Keckheit und der liebenswürdige Leichtsinn des 31jährigen Prinzen, mag er seine verbotene Rückkehr mit längerer oder kürzerer Festungshaft büßen. Sie erblicken jetzt an Stelle des fetten Boulangers, der immer nur eine bemalte Puppe war und im entscheidenden Augenblicke Fersengeld gab, einen Thronbewerber, der seine Haut zu Markte trägt. Das Erscheinen des jungen Herzogs in Paris beruhte auf einem Familienbeschlusse der Orleans, in welchem sein Vater, der Herzog von Paris, zu Gunsten seines Sohnes abdankte, wenngleich das Letztere vorsichtshalber noch abgeleugnet wird. Schon umgiebt den Prinzen eine Art Sagenbildung. Er soll dem Polizeipräfekten gesagt haben: „Ich kam nach Paris, weil ich an die Wahrheit der an alle öffentlichen Gebäude geschriebenen Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit glaubte." Die monarchistischen Blätter finden diese Aeußerung herrlich. Hat er sie nicht gethan, so wird sie doch geglaubt. So ganz harmlos für die Republik ist es aber nun doch nicht, wenn sich um mit dem Wagemuth jugendfrischer Lebenskraft ausgestatteten Thronbewerber meldet.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. Februar.

Berlin. Zum Staatssekretär des Staatsrathes wurde der Unterstaatssekretär im Reichsamte des Innern, Dr. Bosse, zu dessen Stellvertreter Geh. Legationsrath Dr. Kayser ernannt. Zu Mitgliedern des Staatsrathes wurden berufen: Fürst Pleß, Geh. Räthe Frhr. v. Stumm, Krupp-Essen und Hanzeter-Bielefeld, ferner der Abgeordnete Freiherr v. Heereman, Generaldirektor Dr. Ritter zu Schloß Waldenburg in Schlesien, der sächsische Geh. Finanzrath a. D. Jänke, Vorsitzender der Essener Handelskammer, Graf Douglas zu Ahlefeld und Prof. v. Heyden-Berlin. — Der Schmuck der Kaiserin Augusta ist laut testamentarischer Verfügung in letzter Zeit zur Vertheilung gelangt. Unter den zwei großen Parnien, die der Kronschatz erhielt, erhielt einen großen Theil der Juwelen die Großherzogin von Baden. Besonders schöne und kostbare Stücke erhielt die regierende Kaiserin: eine Schnur von großen auserwählten Perlen in einem Perlmoir von großen Brillanten, welche die Kaiserin Augusta am meisten zu tragen pflegte. Die Kaiserin Friedrich erhielt ein großes Bruststück von Brillanten mit 5 großen, tadellosen Birnen-Perlen, dazu Ohrgehänge von Brillanten, ferner ein Armband und ein Miniaturbildniß der Königin Adelheid von Großbritannien. Andenken erhielten ferner die Prinzessinnen des Königl. Hauses, die Großherzogin von Sachsen-Weimar, die Königin von Großbritannien und mehrere fürstliche Damen in Deutschland. — Der frühere Berliner Stadtverordnetenvorsteher, Ehrenbürger Kochhann, ist im Alter von 85 Jahren gestorben.

Berlin. Der Minister des Innern hat den Regierungspräsidenten 2c. zu weiterer Veranlassung die Grundsätze über Auflösungen von Versammlungen mitgetheilt, welche das Oberverwaltungsgericht in der Entscheidung über die Auflösung der bekannten Solinger Kirchenversammlung aufgestellt hat. Das Oberverwaltungsgericht hat zwar befunden, daß die Aeußerung des Pfarrers Thümmel eine selbst das äußerste Maß erlaubter Kritik durch eine Form überschreitende Beleidigung des Erzbischofs von Köln und der Kölner Geistlichkeit enthielt. Da diese Handlung indeß keinen die Versammlung zu Straffhaten anreizenden Vorschlag oder Antrag enthielt, so sei die Auflösung der Versammlung nicht gerechtfertigt gewesen. So lange der Eingriff in die persönliche Freiheit des die öffentliche Sicherheit und Ordnung Störenden allein ausreicht, sei der Polizei gesetzlich nicht befugt, zu diesem Zwecke in die Rechte Dritter, hier in diesem gegenwärtigen Falle ihr verfassungsmäßiges Versammlungsrecht auszuübende Menge einzuschreiten.

Wien. Hiesige Blätter melden, Panitza und die drei an der Verschwörung in Bulgarien betheiligten Kavallerieoffiziere seien aus der Armee ausgestoßen worden und sollen vor das Zivilgericht gestellt werden. Die Anklage lautet auf Hoch- und Staatsverrath und Mordanschlag.

Rom. Bei dem Deckeneinsturz in dem Schulgebäude zu Castiglione sind 17 Personen um's Leben gekommen und 60 verwundet worden.

London. Ueber den Inhalt der Thronrede enthalten die Morgenblätter folgende Angaben: Nach der Versicherung befriedigender Beziehungen zu den auswärtigen Mächten erklärt die Thronrede die Ursache des englisch-portugiesischen Zwistes für beseitigt. Den Samoavertrag erwähnt sie mit dem Ausdrucke der Befriedigung darüber, daß keine Gründe für weitere Mitzeugligkeiter vorhanden seien. Von den Berathungen der Brüsseler Konferenz erwartet die englische Regierung ein befriedigendes Ergebniß. Die besseren Zustände in Irland rechtfertigten die Einbringung einer Güterankaufsvorlage. Die Einführung des freien Volksschulunterrichtes wird in der Thronrede nicht erwähnt. — Die „Daily News" erfahren: Sämmtliche Großmächte hätten an Lord Salisbury freundliche Vorstellungen zu Gunsten Portugals gerichtet, ohne auf die Streitfrage näher einzugehen. Weitere formelle Schritte hätten die Mächte abgelehnt. — Ein britisches Dampfschiff ist bei Kap Lizard gescheitert. Der Kapitän und 13 Mann ertranken.

Köln. Die „Köln. Ztg." bringt eine längere Aufklärung von Seite Stambulow's über die Verschwörung Panitza's. Darnach war die Regierung längst von der Verschwörung unterrichtet und kannte die Verschwörer. Panitza hatte, durch einen früheren russischen Offizier gewonnen, eine ähnliche Verschwörung schon früher geplant. Panitza erklärte damals dem russischen Gesandten in Bukarest, Hitrowo, nichts gegen seinen Fürsten unternehmen zu wollen. Bei der jüngsten Verschwörung bot Panitza dem Stadtkommandanten Kussow die Stelle des Oberbefehlshabers der Armee an, falls er gemeinsame Sache mit den Verschwörern mache. Kussow wies das Anerbieten zurück und zeigte die Verschwörung der Regierung an. Nach den beschlagnahmten Papieren umfaßte die Verschwörung nicht viele Personen. Geleitet war sie von Ausländern, jenseits der Donau.

Berliner Börse. Im Anschluß an die auswärtigen Notirungen zeigte die heutige Börse flaue Tendenz. Stark angeboten waren besonders Bergwerke und Banken, erstere hatten vielfach Coursermäßigungen von über 10 Proz. aufzuweisen. Banken setzten durchschnittlich um 4 Proz. unter gestriger Schlußnotiz ein. Auch Eisenbahnen waren nachgebend, doch waren die Coursrückgänge auf diesem Gebiete geringer. Fremde Renten waren schwächer, später trat auf Wiener Käufe eine vorübergehende Befestigung ein. Der Schluß war wieder matt. Im Kassaverkehre waren Banken matt, Dresdner 5 Proz. niedriger, Eisenbahnen ziemlich behauptet, Bergwerke stark angeboten, auch andere Industriepapiere und österreichische Prioritäten schwächer. Privatdiskont 3⅛ Proz. Nachbörse fester. — Wetter: Bedeckt, neblig, früh Glatteis, Ost-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 275,60. Staatsb. 187,10. Lomb. 115,40. Galizier 161,75. Fg per 94 50. 4proz. Ung. Gold. 80,10. Diskonto 235,50. Dresdner Bk. 174,30. Laura 161,50. Lübecker —,—. Behauptet.

Wien. (Abends.) Credit 321,75. Staatsbahn 217,50. Lombarden 135,60. Nordwest 198,00. Marknoten 58,10. Ung. Credit 332,25. Fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Gemeindevorstand Karl Aug. Schmidt in St. Michaelis erhielt das allgemeine Ehrenzeichen.

— Der in Sachsen staatsangehörige Kunstmaler und Radirer Köpping, wohnhaft in Paris, erhielt von dem Präsidenten der französischen Republik das Ritterkreuz des Ordens der Ehrenlegion. — Cantor Liebegott Schmidt in Wolkenburg erhielt das Albrechtskreuz. — Dem Lehrer an der Technischen Staatslehranstalten zu Chemnitz Ludwig Theodor Gebauer wurde das Dienstprädikat als Professor ertheilt.

— Der Herr Kriegsminister, General Graf v. Fabrice und Gemahlin veranstalten nächsten Sonnabend ein Ballfest, zu welchem gestern die Einladungen ergangen sind.

— Vorgestern Abend fand in den prachtvoll dekorirten Räumen des königl. Belvedere der diesjährige sogenannte Elisabethball statt, der zu den glanzendsten der Saison zu zählen pflegt. Das Ballfest hatte wiederum die höchsten Kreise der Aristokratie vereint. Um 8 Uhr erschien Se. Majestät der König, nachdem sich zuvor Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg und Prinzeß Mathilde an der glänzenden Feststätte eingefunden hatten. An dem um 9 Uhr beginnenden Souper nahmen auch Ihre Königl. Hoheiten Prinz Georg und Prinzeß Mathilde Theil. Um 2 Uhr fand die Festlichkeit ihren Abschluß.

— Landtag. Die zweite Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung einige Postulate des außerordentlichen Etats in Schlußberathung. Ohne Debatte und einstimmig bewilligte das Haus auf Antrag der Finanzdeputation B (Berichterstatter Abg. Miethammer und Werner) 740,000 Mk. für die Erweiterung der Rangiranlagen und Versetzung der Wasserstation und des Heizhauses auf Bahnhof Riesa, 67,000 Mk. für die auf Station Werdau nothwendigen Geleisanlagen, 48,000 Mk. für Beschaffung neuer Ladeplätze und Vermehrung der Gütergeleise auf Bahnhof Limbach und 48,000 Mk. für Errichtung eines Dienstgebäudes auf Bahnhof Glauchau. Hieran schloß sich die Berathung über den Etat der Landesanstalten (Berichterstatter Abg. Starke). Abg. Zeidler spricht seine Befriedigung aus über den mit Sorgfalt ausgearbeiteten Bericht und verwendet sich besonders im Interesse der Epileptischen. Er hätte gewünscht, daß die Mittel für die für dieselben bestimmte Anstalt Hochweitzschen reichlicher eingestellt worden wären. Regierungskommissar Geh. Rath Jäppelt bemerkt dementgegen, daß nach Durchführung der jetzigen Planung die Umgestaltung der Anstalt Hochweitzschen für ihren neuen Zweck noch nicht als abgeschlossen zu betrachten sei. Abg. Uhlmann-Stollberg spricht seine Anerkennung aus über den Eifer und die Umsicht, mit welchen die Baubehörden des Landes für die unterzubringenden baulichen Einrichtungen der Landesanstalten Sorge getragen haben. Abg. Zeidler ersucht die Regierung, die baulichen Erweiterungen der Anstalt Hochweitzschen recht bald zur Ausführung bringen zu lassen. Abg. Müller-Colditz tritt für eine Gehaltsaufbesserung des Pflege- und Wärterpersonals ein. Abg. Philipp bittet die Regierung um Erwägung der Frage, ob es sich nicht empfehle, für die in Radeberg beschäftigten Correktionäre ein eigenes Grundstück zu erwerben. Abg. Miethammer wünscht im Interesse der Stadt Waldheim und im Interesse der dort untergebrachten Correktionärinnen, letztere aus Waldheim wegzunehmen. Regierungskommissar Geh. Rath Jäppelt entgegnet, daß z. B. die Correktionärinnen nach Waldheim gebracht wurden, weil sich kein anderer geeigneter Ort gefunden habe. Uebrigens sei die Correktionsanstalt vom Mittelpunkt der Stadt soweit entfernt und derart gelegen, daß eine Beobachtung der Detinirten durch die Bevölkerung nahezu ausgeschlossen ist. Die Regierung werde aber die Sache im Auge behalten. Die Kammer genehmigte hierauf sämmtliche Postulate für die Heil- und Pflegeanstalten, für die Anstalten für Blinde, für schwachsinnige und sittlich gefährdete Kinder, sowie für die Straf- und Correktionsanstalten mit wenigen Abänderungen bez. Erhöhungen fast allenthalben nach der Regierungsvorlage. — Die erste Kammer erledigte mehrere Kapitel des Etats der Ueberschüsse, betreffend die Forsten, Domänen, Kalkwerke, Weinberge, Hofapotheke, das Elsterbad, die Leipziger Zeitung und das Dresdner Journal. Graf v. Rex äußert sein Bedauern, daß die Regierung auf den Verkauf eines Theiles der fiskalischen Weinberge habe hinkommen müssen. Es wäre vielleicht vorzuziehen gewesen, Versuche anzustellen, ob nicht durch andere Kulturen der Grund und Boden hätte nutzbar gemacht werden können und zwar entweder durch Obst- und Beerenobstkultur oder durch eine rationellere Weinkultur. Er glaube auch, daß es Aufgabe des Staates sei, durch derartige Kulturversuche mit gutem Beispiele voranzugehen. Redner wünscht, daß die Regierung mit dem weiteren Verkaufe von Weinbergen nur langsam vorgehen, vielmehr durch erneute verbesserte Kultur den Weinbau fördern möchte. Minister v. Nostitz-Wallwitz theilt im Allgemeinen die Ansicht des Vorredners, daß der Staat nicht ohne Noth verkaufen soll, Graf v. Rex habe sich aber doch nicht recht die Ursachen vergegenwärtigt, welche die Regierung zum Verkaufe veranlaßt habe. Die Erträgnisse aus dem Weinbau haben sich nicht nur allmählich vermindert, sondern derselbe habe infolge des Auftretens der Reblaus einen ganz erheblichen Aufwand verursacht. Er glaube daher, der Staat habe nur recht gethan, die für ihn werthlosen, aber für Privatbesitz immer noch rentablen Grundstücke zu veräußern. Was die Versuche betrifft, so könne wohl der Staat solche finanziell unterstützen, es würde aber zu weit führen, solche selbst in die Hand zu nehmen. Beim Weinbau übrigens würden solche Versuche ohne großen Aufwand nicht möglich gewesen sein und zudem mußte der Erfolg sehr zweifelhaft bleiben. Kammerherr v. Friesen schließt sich dem Herrn Minister an. Zum Kapitel der Leipziger Zeitung und des Dresdner Journals nimmt Frhr. v. Tauchnitz das Wort, um seiner Anerkennung für die Redaktionen beider Blätter Ausdruck zu geben, weil sie es verstanden haben, das Ansehen der beiden Organe zu erhalten und zu erhöhen. Sämmtliche Postulate fanden in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der zweiten Kammer Genehmigung, desgleichen wurde die bekannte Petition der Forsthilfsbeamten und Unterförster um Gehaltsregulirung und Aenderung der Titulatur der Regierung zur Kenntnißnahme übergeben, die Petition des Forstgehilfen Peter und Genossen aber abgelehnt. Die Petition des Regierungsrathes a. D. Grimler in Dresden um Rückzahlung von Pensionskassengeldern ließ die Kammer auf sich beruhen, dagegen beschloß dieselbe, ein Gesuch des Invaliden Schlicke in Kleinzschitz um Anstellung im Staatsdienste der Regierung zur Kenntnißnahme zu übergeben.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Hauptwerkst. 41142).
Butter täglich 3 Mal frisch.